

## **Entschließungsantrag**

der Abgeordneten Weigerstorfer

Kolleginnen und Kollegen

betreffend **"Return of Investment: Ausländische Absolventen eines vollfinanzierten Medizinstudiums"**

Wie wiederholt in den Medien berichtet wurde, wollen viele der österreichischen Medizin-Absolventen nicht in Österreich bleiben.

*„Ein Drittel der Absolventen eines Medizinstudiums an einer heimischen Uni will im Ausland arbeiten. Bei den österreichischen Neo-Doktoren beträgt dieser Prozentsatz ein Viertel, bei den Deutschen rund zwei Drittel. Das zeigt eine Absolventenbefragung im Auftrag des Wissenschaftsministeriums, mit der Österreich die EU von der Notwendigkeit der Quotenregelung für das Medizinstudium überzeugen will.“<sup>1</sup>*

Dabei besteht bereits ein Ärztemangel in Österreich. „Der Job des Allgemeinmediziners ist nicht mehr so interessant, wie er früher war“, sagte Ärztekammer-Präsident Dr. Michael Lang. Derzeit fehlen vor allem Landärzte. Bald wird eine Pensionierungswelle erwartet und eine allgemeine Verschlechterung befürchtet.

Um einer Abwanderung der Jungärzte entgegenzuwirken und die medizinische Versorgung weiterhin zu garantieren, ist es unabdingbar, das bestehende System zu verändern. Derzeit gibt es einen fixen Anteil an Studienplätzen für Studienanfänger mit einem österreichischen Reifeprüfungszeugnis (75 %), der Rest ist auf Bewerber aus der EU (20 %) und aus den Drittstaaten (5 %) aufgeteilt. Von den ca. 25 % der Studierenden, die aus dem Ausland kommen, wollen nur 28 % der Studenten nach dem Studienabschluss in Österreich bleiben. Hier ist eine ähnliche Regelung, wie zum Beispiel in der Republik Ungarn, anzustreben: Das ungarische Modell verpflichtet junge Ärzte, deren Studium von der Republik Ungarn finanziert wurde, nach dem Studienabschluss 4 Jahre lang in Ungarn als Mediziner zu arbeiten. Falls Studenten die Kosten für das Studium selbst tragen, sind sie von dieser Regelung (4 Jahre in Ungarn zu arbeiten) ausgenommen.<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> <http://www.tt.com/politik/innenpolitik/11930149-91/medizinstudium-drohender-%C3%A4rztmangel-soll-die-quote-retten.csp>

<sup>2</sup> [http://diepresse.com/home/bildung/universitaet/5077564/Ungarn-als-Vorbild\\_Bleibepflicht-fur-Mediziner](http://diepresse.com/home/bildung/universitaet/5077564/Ungarn-als-Vorbild_Bleibepflicht-fur-Mediziner)

Nicht nur der herrschende als auch der künftige Ärztemangel in Österreich sprechen dafür, dass in Österreich ausgebildete Ärzte auch für einen bestimmten Zeitraum den Menschen in Österreich zur Verfügung stehen, soweit die österreichischen Steuerzahler die ärztliche Ausbildung finanzieren.

Langfristig kann ein Staat von einer staatlich finanzierten Studentenausbildung nur profitieren, wenn die Absolventen nach ihrem Studienabschluss auch im Land bleiben. Es geht nicht nur darum, dass sie ihr erworbenes Wissen dann im Land und für die Menschen im Land einsetzen, sondern letztlich auch um ihre Steuerleistung. Laut Wirtschaftsforschungsinstitut (Wifo) müsste zumindest die Hälfte der ausländischen Studierenden nach dem Studium in Österreich bleiben, damit sich ihre Ausbildung auch für den Staat rentiert. Österreich gelingt es aber nur unzureichend, ausländische Studierende zu halten und aus seiner „Investition“ zu profitieren, weswegen neue Lösungen erforderlich sind.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher nachstehenden Entschließungsantrag:

## Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesregierung und insbesondere der Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft wird aufgefordert, dem Nationalrat einen Gesetzesentwurf zu übermitteln, der vorsieht, dass ausländische Medizinstudenten, welche ein seitens der Republik Österreich finanziertes Studium in Anspruch nehmen, sich im Gegenzug für die Ausbildung dazu verpflichten, einen bestimmten Zeitraum in Österreich zu arbeiten."

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Wissenschaftsausschuss vorgeschlagen.



Handwritten signatures of the members of the National Council who submitted the motion.

